

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach 1-Konto Dresden 21 88. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privatbank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Messe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pf.; amtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zinsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großnaundorf, Dreinig, Hauswalde, Ohorn, Oberfeina, Niederfeina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 98

Sonnabend, den 27. April 1929

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Montag, den 29 April 1929, vorm. 11 Uhr sollen in Ohorn Gasthof „zur Eiche“ zwangsweise gegen Barzahlung:

1 Stanzloch, 30 Stenzen, 1 Rollschrank, 3 große Reale, 1 Ladentisch, 1 Deimain, 2 Schreibtische, 2 Schreibmaschinen, 1 Nähmaschine, 250 Sockenhalter, 130 Sockenhalterschilder, 1000 mtr. Gummigurt, 900 mtr. Seide

meißelnd öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 27. April 1929. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Hofenträgerfabrikanten Robert Max Römer, alleinigen Inhabers der Firma R. Max Römer in Großnaundorf, Sabelsbergstraße 265 E, wird nach Abhaltung des Schlichtertermins hierdurch aufgehoben.

Amtsgericht Pulsnitz, am 28. April 1929.

Anzeigen haben im Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

Mit Rücksicht auf die verspätete Frühjahrsbestellung und auf den Weltrekordanstieg in Berlin hat das Reichsamt zu Königsberg beschlossen, den Termin für die 17. Deutsche Ostmesse um eine Woche zu verschieben, so daß die Königsberger Jahresmesse 1929 vom 18. bis 21. August stattfindet.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 15. April 1 153 000. Im Vergleich zur Vormonatszahl bedeutet dies eine Abnahme von 24 587. Sieht man aber denselben Zeitabschnitt des Vorjahres zum Vergleich heran, so bedeutet der jetzige Stand eine Zunahme von 69 726.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Von unserem handelspolitischen Mitarbeiter.

Erhöhung des Reichsbankdiskonts um 1 Prozent. — Welche Wirkungen werden durch diese Heraushebung ausgelöst? — Eisenbahner-Lohnenerhöhung um 1 Pfennig bedeutet 13 Millionen Mehrbelastung der Reichsbahn. — Mehr Roggenbrot.

Infolge der andauernden Gold- und Devisenverluste, die in der letzten Woche allein den Rekordbetrag von 230 Millionen Mark erreichten und sich seit dem Jahresbeginn auf rund 1 Milliarde Mark beziffern, sah sich die Reichsbank gezwungen, den Diskontsatz von 6% auf 7% zu erhöhen. Worauf ist nun dieser enorme Goldverlust der letzten Woche zurückzuführen? In erster Linie ist er die Folge der internationalen Anspannung der Geldmarktlage. Durch große Spekulationen und der daraus entstehenden Geldverknappung erhöhte Amerika und späterhin auch England ihre Diskontsätze. Der Erfolg war, daß demzufolge ein großer Teil der Gelder, die bis dahin in Deutschland wegen des dort höheren Zinsfußes angelegt waren, zurückgezogen und auf den heimischen Märkten angelegt wurden, weil sie jetzt dort annähernd gleiche Gewinne erzielten. Weiterhin wurde die Reichsbankdiskonterhöhung veranlaßt durch die Verknappung der Geldmittel, vor allem der deutschen, im Inland, die hervorgerufen ist durch die mangelnde Ausfuhr deutscher Waren, durch die beträchtlichen Devisentransferenzen des Reparationsagenten und durch die Devisenabflüsse für den hohen Zins- und Tilgungsdienst, der uns aus den in den letzten Jahren aufgenommenen zahlreichen Auslandsanleihen erwächst.

Welche Wirkung wird nun die Diskonterhöhung um 1 Prozent auf den Inlandsmarkt ausüben? Für die deutsche Wirtschaft ist sie ohne Frage ein harter Schlag, bedeutet sie doch gerade in einer Zeit, in der sämtliche deutschen Wirtschaftszweige zur Belebung ihrer Wirtschaftstätigkeit dringend einer Zinsermäßigung bedürfen, eine verhängnisvolle neue Belastung. Da sie diese nicht ohne weiteres oder nur rein zeitlich tragen kann, muß mit einem weiteren Rückgang der Kreditanspruchnahme gerechnet werden, eine Entwicklung, die zwangsläufig zu einer weiteren Abschwächung der ohnehin ungünstigen derzeitigen Konjunkturlage führt. Auch das Reich selbst, das zur Erfüllung seiner augenblicklichen Verpflichtungen gezwungen war, bei den deutschen Banken einen Dreimonatskredit von 170 Millionen Mark aufzunehmen, wird durch die Diskonterhöhung einsehend betroffen. Da der Kredit zu einem Zinssatz auf der Basis des jeweiligen Reichsbankdiskontsatzes abgeschlossen war, erhöht sich auch seine Zinsschuld um 1 Prozent, eine Differenz, die bei dem Kredit von 170 Millionen recht beträchtlich ist. — Eine weitere Frage ist es, wie das Ausland auf die deutsche Diskonterhöhung reagieren wird. Bisher war es so, daß ein hoher deutscher Zinssatz regelmäßig beträchtliche Auslandsgelder, nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern infolge der höheren Gewinnmöglichkeiten (Deutschland hat neben Polen den höchsten Zinssatz von allen wichtigen Wirtschaftsstaaten), auf den deutschen Geldmarkt brachte. Ob das auch in Zukunft der Fall sein wird, ist zunächst nicht abzusehen, um so weniger, da das Ausland, besonders Frankreich, durch unerhörte Propaganda das Vertrauen des Auslandes in die deutschen Werte zu erschüttern sucht.

Eine der größten Gefahren der deutschen Wirtschaft sind die gehäuft auftretenden Konflikte, die den Gang der Wirtschaft aufs nachteiligste hemmen und beengzugen. Mit Be-

Der Schlußbericht der Reparations-Konferenz

Ein Denkschrift von 100 Seiten — Amerika sagt: Deutschland am Ende seiner Borgfähigkeit

London zur Diskonterhöhung in Deutschland

Paris. Freitag nachmittag trat der von der Tribut-Konferenz eingesetzte Unterausschuß zusammen, dem die Aufgabe zufiel, den Schluß- oder Rechenschaftsbericht der Konferenz vorzubereiten. Im Lager der Alliierten ist Tag und Nacht gearbeitet worden, um dieses Dokument so schnell wie nur irgend möglich fertigzustellen. Wie man erfährt, umfaßt der Bericht etwa 100 Seiten.

Außer dieser rein redaktionellen Arbeit, die bereits zur Fertigstellung eines ersten Entwurfes geführt hat, haben seit zwei Tagen keine Besprechungen stattgefunden.

Reparationsausprache in Washington

Borah bei Hoover.

New York. Der amerikanische Präsident Hoover konferierte in der Regierungshauptstadt der Vereinigten Staaten, Washington, mit dem Vorsitzenden des amerikanischen Parlamentarischen Ausschusses für Auswärtiges, Borah, eingehend über die Reparationsfrage. Das Ergebnis wird streng geheim gehalten.

In der amerikanischen Presse spricht man nach wie vor davon, daß kein Tagungsort für Deutschland unangünstiger sein konnte als gerade Paris. Der Dawesplan müsse jetzt zeigen, wie er im Sturm arbeiten werde. Deutschland habe zwar mit der ausländischen Anleihe die bisherigen Reparationen bezahlen können; aber jetzt sei die Lage verändert, da Deutschland am Ende seiner Borgfähigkeit stehe, während zugleich seine Industrie schwer darniederliege und die Arbeitslosenfrage sehr ernst sei. Deutschland hätte auf den Transferschutz nicht verzichten können.

Das deutsche Angebot viel zu hoch.

Berlin. In einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei sprach der Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, über den äußeren und inneren Zusammenbruch des Parlamentarismus. Die ganze Reichspolitik werde jetzt von den Tributverhandlungen in Paris überschattet, wo man auf 58 Jahre über das Schicksal der kommenden Generationen entscheiden wolle. Die deutsche Regierung habe nicht dafür gesorgt, daß die Verhandlungen auf die richtige Grundlage gestellt würden. Die Grundlage hätte die Kriegsschuldfrage sein müssen, deren Widerruf immer wieder gefordert werden müsse. Die Deutschnationalen hätten nicht nur den bangen Zweifel, sondern seien überzeugt, daß die im deutschen Gutachten angegebene Summe von jährlich 1650 Goldmillionen die deutsche Leistungsfähigkeit weit übersteige. Zutreffend seien Schachts Voraussetzungen, nämlich die erforderliche Stärkung der deutschen Produktionsfähigkeit und ihre Ausfuhr, also Niederlegung der Zollschranken der anderen, Erweiterung der deutschen Rohstoffbasis im Osten und Wiedererschließung der Kolonialgebiete für Deutschland. Hauptleidtragende bei den Kontributionen würden die Arbeiter sein.

Deutschlands Verschuldung an die internationale Hochfinanz.

Hamburg. Der preussische Handelsminister Dr. Schreiber sprach in einer Versammlung des Demokratischen Klubs über Deutschlands Wirtschaftslage und die Verhandlungen der Reparationsachverständigen. Ganz besonders pessimistisch beurteilte er den Kapitalmangel der deutschen Wirtschaft, die schweren Zinsverpflichtungen und die rapid steigende Verschuldung an das Ausland. Minister Dr. Schreiber bezeichnete die von der deutschen Delegation in Paris angebotene Annuität von 1650 Millionen als eine sehr hohe Leistung, deren Erfüllung nur bei weiterer Herabnahme von Auslandskapital und Ausdehnung des Systems der aus deutschem Rohmaterial hergestellten Sachlieferungen zu ermöglichen sein werde.

London zur Diskont-Erhöhung in Deutschland

London, 26. April. Die Auswirkungen der Erhöhung des Diskontsatzes der deutschen Reichsbank auf dem Londoner Geldmarkt waren bisher gering und werden nach Ansicht führender Citykreise kaum gefährliches Ausmaß annehmen. Dagegen glaubt man, daß die Finanzlage Deutschlands für den Fall des vollständigen Scheiterns der Pariser Verhandlungen sich verschlechtern wird, da in diesem Fall außer den amerikanischen auch die bedeutenden französischen Mittel zurückerzogen werden dürften. Einen Zusammenhang zwischen den gegenwärtigen deutschen Finanzschwierigkeiten und dem Verlauf der Pariser Konferenz hält man allgemein für gegeben. Dagegen hält man die deutsche Währung für nicht gefährdet. Es wird englischerseits darauf hingewiesen, daß sämtliche Länder an der Überwindung der deutschen Finanzkrise und einem glatten Weiterarbeiten des Dawesplanes nach einem Scheitern der Pariser Verhandlungen interessiert seien. Die Frage, ob Deutschland nach einem Scheitern der Sachverständigenverhandlungen unter den Transferbestimmungen des Dawesplanes in der Lage wäre, auch weiterhin im Ausland Anleihen aufzunehmen, hält man für ungeklärt. Die Wahrscheinlichkeit hierfür wird im allgemeinen aber als gering angesehen.

Um das Branntweinmonopol.

Im Stenarausschuß des Reichstages, der die Beratung der Novelle zum Branntweinmonopol fortsetzte, brachten die Regierungsparteien einen Kompromißantrag ein, der den Wünschen des Zentrums gerecht werden sollte. Er sieht Sonderzuschläge von mindestens 50 Prozent für den Uebernahmepreis des ablieferungsfähigen Branntweins und eine Steuervergünstigung von 45 Pfennig für den nichtablieferungsfähigen Edelbranntwein vor, während die Novelle die bisherige Vergünstigung von 95 Pfennig gänzlich in Wegfall kommen lassen will. Zentrum und Bayerische Volkspartei verlangten die volle bisherige Steuervergünstigung von 95 Pfennig. Einen ähnlichen Antrag brachten die Deutschnationalen ein. Auf Wunsch des Deutschen Volkspartei wurde darauf die Weiterberatung bis Dienstag vertagt.

Der Kampf um die Todesstrafe.

Im Strafrechtsausschuß des Reichstages wird augenblicklich seit Tagen über die Todesstrafe debattiert. Die Ansichten der sogenannten Mehrheitsparteien sind dabei stark geteilt. Während die Sozialdemokraten und die Demokraten für die Abschaffung der Todesstrafe sind, hat der kürzlich neu ernannte Reichsjustizminister von Guérard sich in einer längeren Rede als Anhänger der Todesstrafe bekannt und für sich persönlich die Anträge auf Abschaffung der Todesstrafe abgelehnt; dagegen hat der Vertreter der Deutschen Volkspartei im Strafrechtsausschuß des Reichstages, der Abgeordnete Dr. Kahl, der sich zunächst bei allen Abstimmungen über die Todesstrafe der Zustimmung enthalten hatte, jetzt einen Antrag mit folgender Fassung eingebracht: „Wer einen anderen tötet und die Tat mit Ueberlegung ausführt, wird mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.“ Dr. Kahl wird dann noch einen Paragraphen einfügen, der die Frage der Sicherungsverwahrung für Mörder regeln soll.

Das Ergebnis der Abstimmung über die Todesstrafe ist sowohl im Reichstagsausschuß wie auch bei einer späteren Beratung des Plenums vollkommen zweifelhaft.